

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



In der Verantwortung

Präsidiale Gedanken

«Panik bei den Superreichen» und «Milliardenfehler bei der AHV». Diese zwei Schlagzeilen haben die Medien diesen Sommer beschäftigt. Die Jungsozialisten fordern eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen von über 50 Millionen Franken. Die Folgen dieses radikalen Vorschlages wären eine Aushöhlung der verfassungsmässigen Eigentumsgarantie und ein enormer Verlust an Wohlstand in unserem Land. Betroffen von der Initiative wären eben nicht nur die paar wenigen «Superreichen», wie uns das die Initianten weismachen wollen. Vielmehr wären zahlreiche KMUs und Familienunternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Eine Jungpartei kann und darf radikale, utopische Forderungen stellen. Das ist das Recht der Jugend. Und durch das sollten wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen und auf die Weisheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vertrauen. Befremdlich an der Sache ist jedoch, dass die versammelten Linken, die Grünen wie auch die SP, dieses für unser Land schädliche Ansinnen unterstützen und damit den Wohlstand von uns allen und den sozialen Staat in Frage stellen. Die SP gehört seit 1943 der Landesregierung an, die Grünen fordern einen Bundesratsplatz. Mit Brigit Wyss und Susanne Schaffner sitzen SP und Grüne auch in unserem Kanton in der Regierung.

Und jetzt sind wir bei der zweiten Schlagzeile dieses Sommers gelandet, beim 4-Milliarden-Rechnungsfehler in der AHV-Kasse. Seit vielen Jahren

werden dieses Amt und das politisch dafür verantwortliche Departement durch Sozialdemokraten kontrolliert. Entsprechend stehen Bundesrätin Baume-Schneider und mit ihr ihre Partei in der politischen Pflicht. Genau gleich verhält es sich bei der überfälligen Reform der 2. Säule, über welche wir im September abstimmen. Aber anstatt politische Verantwortung für dieses Sozialwerk zu übernehmen, macht die SP auf Fundamentalopposition. In den Verantwortungsbereich der SP-Bundesrätin und ihres Vorgängers fallen auch die Krankenversicherungen. Damit stehen die Sozialdemokraten auch für die stets steigenden Krankenkassenprämien in der Verantwortung. Das Krankenversicherungsgesetz wurde in den letzten 20 Jahren über 40-mal revidiert. Und trotzdem steigen die Prämien rasant und sind für viele Familien unbezahlbar geworden.

«Zahlreiche KMUs und Familienunternehmen wären in ihrer Existenz bedroht.»

In unserem Kanton sieht es leider nicht viel besser aus. Wer in Olten einen Hausarzt suchen muss, findet keinen. Über die Hälfte der Hausärztinnen und Hausärzte in unserem Kanton gehen in den kommenden Jahren in Pension. Auf Physiotermine muss wochenlang gewartet werden. Kinderärztinnen sind Mangelware. Wir erleben einen veritablen Notstand im Bereich der medizinischen Grundversorgung. In der politischen und rechtlichen Pflicht für eine medizinische Grundversorgung steht mit Regierungsrätin Susanne Schaffner auch hier eine Sozialdemokratin. Genau gleich wie bei den diversen offenen Fragen rund um die soH oder die versprochenen Krankenkassenprämien dämpfenden Massnahmen. Seit über einem Jahr wird an einer entsprechenden Verordnung gewerkelt, eine Lösung ist nicht in Sicht.

Regieren heisst in unserem politischen System Verantwortung übernehmen. Sowohl für das eigene Departement wie auch für die Beschlüsse des Bundes- oder eben Regierungsrates. Da verträgt es sich schlecht, vor allem pubertäre Opposition zu betreiben, an den Ästen unseres Wohlstandes und Zusammenhaltes zu sägen und am 1.-Mai-Umzug höhere Löhne zu fordern. Verantwortung tragen heisst, die Ärmel hochzukrempeln und im politischen Tagesgeschäft nach Lösungen zu suchen. Hinschauen bei der soH, überregionale Spitalkoordination, ein runder Tisch mit Apothekerinnen, Spitex, Physio und Ärztesverband gegen den medizinischen Notstand oder eine Ausbildungs-offensive für Hausärztinnen wären das Gebot der Stunde für unsere Gesundheitsdirektorin. Und die Regierungsrats-tauglichkeit der SP und der Grünen wird sich daran zeigen, wie weit die beiden Fraktionen im kommenden Herbst das Sparpaket unserer Regierung mittragen werden und damit Verantwortung für einen gesunden Kanton Solothurn zu übernehmen bereit sind.

Mit frohem Gruss,
Stefan Nünlist